

Honeckers Signal

Der ehemalige DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker hat sich aus seinem Moskauer Exil bei der Bundesregierung in Bonn gemeldet. Über russische Mittelsmänner ließ der 79jährige vorige Woche anfragen, ob er mit einem Bonner Emissär über die Umstände einer



Blech

möglichen Rückkehr in die Bundesrepublik sprechen könne. Die Regierung will der Bitte entsprechen und ihren Moskau-Botschafter Klaus Blech zum früheren DDR-Vorsteher schicken. Blech hat Order, Honecker für den Fall einer Rückkehr keinerlei Zusagen zu machen, sondern ihn zum Heimflug zu überreden. Auf dieser Linie bewegen sich auch Honeckers sowjetische Gastgeber: Sie möchten den prominenten Exilanten gern loswerden, ihn aber nicht gegen seinen Willen ins Flugzeug setzen. In Bonn gilt inzwischen als unwahrscheinlich, daß Honecker in China eine neue Bleibe finden kann. Der Regierung liegen Informationen vor, nach denen das Regime in Peking den einstigen SED-Chef nicht aufnehmen will. Nach weiteren Informationen hat der angebliche Selbstmordversuch Honeckers niemals stattgefunden. Tatsache sei, daß Honecker Tabletten nur unter Aufsicht erhält.

Schwarze Reisekasse

In der baden-württembergischen Landesverwaltung bahnt sich eine Korruptionsaffäre an. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts auf Untreue und Betrug gegen hohe Beamte aus mehreren Ministerien und gegen zwei Verlage, denen auf

krummen Wegen Aufträge zugescho-ben worden sein sollen: das Freudenstädter Unternehmen Verlag und Druck GmbH, das fast ausschließlich von Regierungsaufträgen lebt, und den Jahrbuch-Verlag GmbH, der von der Gattin eines Kultusbeamten geführt wird. Dabei geht es unter anderem um die „Kunstkonzeption“ des Landes, ein 400-Seiten-Druckwerk, das vom Staatsministerium kostenlos unters Volk gebracht wurde, sowie das Kultusministeriumsorgan *Schulzeit*. Ausgelöst wurden die Aktivitäten der Strafverfolger durch eine Anzeige des Landesrechnungshofes, der bei der halbstaatlichen „Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung“ auf Unregelmäßigkeiten gestoßen war: Der Freudenstädter Verlag hatte mit dem Gewinn aus überhöhten Rechnungen eine schwarze Kasse gebildet und daraus die Komplizen in Stuttgart mit Geschenken und Reisezuschüssen bedacht. Die Staatsanwaltschaft, die auch Bestechungsvorfällen nachgeht, rechnet mit weiteren Verfahren.

Stasi-Mann Götting

Der ehemalige Vorsitzende der Ost-CDU, Gerald Götting, 68, war Mitarbeiter des DDR-Staatssicherheitsdien-

Begrenzte Straffreiheit für Schalck?

Die Bundesregierung hat sich Anfang 1990 weit stärker um den einstigen DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski nach dessen Flucht in den Westen bemüht als bislang eingeräumt. Dies belegen Vermerke des damaligen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), Hans-Georg Wieck.

Mitte Januar ließ Schalck dem Staatsminister im Bonner Kanzleramt, Lutz Stavenhagen, über den BND eine „Wunschliste“ zukommen. Darin forderte er als Gegenleistung für seine Aussagen unter anderem eine „Straffreiheitszusage“, „Bundespapiere unter Decknamen“ und „finanzielle Leistungen“.

Eine Top-Runde aus Bundesregierung und Geheimdienstmitarbeitern (Teilnehmer neben Stavenhagen und Wieck: Innenstaatssekretär Hans Neusel sowie Verfassungsschutz-Chef Gerhard Boeden) war sich am 6. Februar 1990 einig, Schalck entgegen-

zukommen. „Die grundsätzliche Bereitschaft, Schalck-Golodkowski bei der Integration zu unterstützen“, so notierte Wieck, „ist seitens der politischen Führung gegeben.“ Das war laut Wieck-Vermerk auch mit Innenminister Wolfgang Schäuble und Kanzleramtschef Rudolf Seiters abgeklärt.

Während die Bundesregierung bislang immer verbreitet hatte, Straffreiheit für Schalck sei nie ernsthaft in Erwägung gezogen worden, legte die Runde laut Vermerk fest: „Die Frage der Straffreiheitszusage wird zwischen Staatssekretär Kinkel und dem Generalbundesanwalt mit dem Ziel erörtert, eine begrenzte Straffreiheitsformel festzulegen.“ Kinkel ist allerdings si-

cher, „nie darauf angesprochen worden“ zu sein.

Der Wieck-Vermerk birgt neue Schwierigkeiten für Stavenhagen. Dieser behauptet bisher beharrlich, vom BND weder ausreichend noch frühzeitig genug darüber informiert worden zu sein, daß Schalck einen Paß auf den Decknamen „Gutmann“ erhalten habe. Laut Vermerk jedoch wurde bereits am 6. Februar in der Kanzleramtsrunde über „die Namensänderung Schalck-Golodkowskis“ beraten.

Ein weiterer Wieck-Vermerk vom 16. Januar 1990 fördert zudem Peinliches über eine geplante Honorierung Schalcks zutage. Danach entschied

Stavenhagen gegenüber Wieck: „Eine Honorierung der Befragung kann in Erwägung gezogen werden.“ Der BND-Chef bot bei einem Essen mit Schalck zum Abschluß der Befragungen dem Stasi-Oberst „als Entgelt eine Italien-Kunstreise“ an.

2. Forderungen/Wünsche

2.1 Allgemein

- (1) Straffreiheitszusage (gegebenenfalls in Verbindung mit Aussagebereitschaft)
- (2) Bundespapiere unter Decknamen
- (3) Klärung der Staatsangehörigkeitsfrage gegenüber der DDR (Ausbürgerung)

Wunschliste Schalck-Golodkowskis (Ausriß)

PERFECT FEELING



825-821

Götting

stes und des sowjetischen Geheimdienstes KGB. Nach Informationen aus dem Bonner Innenministerium ist Götting bereits 1953 durch den MfS-Oberst Herbert Hentschke erfolgreich angeworben worden. Götting, damals Generalsekretär seiner Partei, arbeitete in der Folgezeit jahrelang unter dem Decknamen „Göbel“ für die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA). Stasi-Oberst Hentschke wurde sein Führungsoffizier, später stieß Major Kurt Fricke dazu. „Göbels“ Auftrag: Abdeckung der gesamten nachrichtendienstlichen Tätigkeit der HVA innerhalb der Ost-CDU. Bei der Anwerbung „Göbels“, so die Informationen, habe sich Hentschke grünes Licht beim sowjetischen Geheimdienst holen müssen, da der Stasi bekannt geworden sei, daß Götting bereits seit 1951 auch für den KGB arbeitete.

Schäubles Alleingang

Die Bundesregierung versucht, die Zentrale einer zukünftigen europäischen Drogenpolizei in Wiesbaden zu installieren. Um die Mitbewerber Rom und Lyon auszuschalten, hat Innenminister Wolfgang Schäuble in seinem Haushalt fürs kommende Jahr einen Titel zur „Einrichtung einer europäischen Rauschgiftzentrale beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden“ vorgesehen – ohne eine Entscheidung seiner Kollegen im Europäischen Rat abzuwarten. Bei der letzten Tagung der europäischen Staats- und Regierungschefs Ende Juni war dagegen vereinbart worden, „daß die tatsächlichen Modalitäten dieser Einrichtung noch zu erörtern sind“. Mit seinem Alleingang, der zunächst 4,9 Millionen Mark kosten soll, hofft Schäuble, „eine politische Entscheidung zugunsten Wiesbadens zu ermöglichen“.



MPC / COPLAN

ROY ROBSON

SUITS, JACKETS, TROUSERS, DRESSWEAR

Postfach 1920, 2120 Lüneburg

REINIGUNG